



Detailansicht des Registereintrags

Wirtschaftsforum der SPD e.V.

Aktuell seit 15.07.2026 10:42:14

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000328
Ersteintrag:	07.02.2022
Letzte Änderung:	15.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	12.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Dorotheenstr. 35 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493086322330 E-Mail-Adressen: mail@spd-wirtschaftsforum.de Webseiten: <u>www.spd-wirtschaftsforum.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

800.001 bis 810.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

3,02

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Ines Zenke**
Funktion: Präsidentin
2. **Prof. Dr. Susanne Knorre**
Funktion: Schatzmeisterin
3. **Philipp Schlüter**
Funktion: Vizepräsident
4. **Dr. Tanja Wielgoß**
Funktion: Vizepräsidentin
5. **Dr. Peter Güllmann**
Funktion: Vizepräsident
6. **Nora Heer**
Funktion: Vizepräsidentin
7. **Thomas Antonioli**
Funktion: Vizepräsident
8. **Christian Heine**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (48):

1. **Daniel Arndt**
2. **Daniel Kind**
3. **Laila Linke**
4. **Victoria Wolf**
5. **Andrea Luczak**
6. **Oliver Burkhard**
7. **Hiltrud Dorothea Werner**
8. **Heinz Kreuter**
9. **Barbara Loth**
10. **Boris von Chlebowski**
11. **Corinna Schulze**
12. **Christian Clarus**
13. **Stefan Giffeler**

Tätigkeit bis 08/20:

Leiter Strategische Kommunikation in der Abteilung Digitalisierung und Arbeitswelt
im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) oder dessen Geschäftsbereich

14. **Prof. Dr. Thomas Schwarz**
15. **Ralph Müller-Beck**
16. **Margit Conrad**
17. **Andreas Breitner**
18. **Dirk Inger**
19. **Corinna Enders**
20. **Dr. Florian Bieberbach**
21. **Madeleine Buchmann**
22. **Katharina Hiersemenzel**
23. **Lars Leiß**
24. **Florian Rahn**
25. **Dr. Frank Wilhelmy**
26. **Dr. Kai Lobo**
27. **Annette Busch**
28. **Dr. Stephanie Willmann**
29. **Enno Harks**
30. **Nicole Dreyer-Langlet**
31. **Prof. Dr. Klaus Kocks**
32. **Alina Stork**
33. **Kathrin Fiedler**
34. **Tim-Oliver Müller**
35. **Ronja Laemmerhirt**
36. **Dario Schramm**
37. **Katja Einecke**
38. **Friedrich Paulsen**
39. **Andreas Kuhlmann**
40. **Lena Flohre**

41. **Prof. Dr. Ines Zenke**
42. **Prof. Dr. Susanne Knorre**
43. **Philipp Schlüter**
44. **Dr. Tanja Wielgoß**
45. **Dr. Peter Güllmann**
46. **Nora Heer**
47. **Thomas Antonioli**
48. **Christian Heine**

Gesamtzahl der Mitglieder:

630 Mitglieder am 12.06.2026, davon:

268 natürliche Personen

362 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD)
2. Charta der Vielfalt e.V.
3. KI Park Deutschland e.V.
4. de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (85):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Parlamentarisches Verfahren; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Cybersicherheit; Kultur; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Breitensport; Profisport; Tourismus; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung";

Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz;
Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr;
Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik;
Bundeswehrangelegenheiten; Rüstungsangelegenheiten; Verteidigungspolitik;
Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen;
Handwerk; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz;
Versicherungswesen; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Wirtschaftsforum der SPD ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband und hat als eigenständig eingetragener Verein keine finanziellen, organisatorischen oder strukturellen Verbindungen zu einer politischen Partei.

Der Verband stellt seinen Mitgliedern eine Vielzahl von Konferenz-, Diskussions- und Gesprächsformaten zu allen wirtschaftspolitischen Belangen bereit und organisiert den Austausch, die Zusammenarbeit mit - insbesondere auch sozialdemokratischen - Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern in Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, Ländern und auf europäischer Ebene.

Ziel ist, den konstruktiven Dialog zu wirtschaftspolitischen Anliegen unterschiedlicher Branchen zu fördern und die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland zu begleiten. Dazu schafft der Verband unterschiedliche Möglichkeiten zum transparenten Austausch und bringt, insbesondere in Form von Strategie- und Grundsatzpapieren, die Stimme seiner Mitglieder in den wirtschaftspolitischen Diskurs an der Seite der Sozialdemokratie ein.

Unsere Mitglieder kommen aus allen Branchen und spiegeln damit den vielfältigen, einzigartigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Deutschland wider. Im Wirtschaftsforum engagieren sich Unternehmen und Verbände aus der Automobilindustrie, aus der IT- und Software-Branche, aus der Handel- und Konsumgüterindustrie, aus der Energiewirtschaft, aus der Versicherungs- und Bankenbranche, aus der Bau- und Immobilienwirtschaft, aus der Medizintechnik und vielen anderen Bereichen. Darunter sind global agierende Dax- und MDax-Konzerne ebenso wie große, erfolgreiche Familienunternehmen, mittelständische Betriebe, junge, schnell wachsende Startups und internationale Unternehmen mit starker Deutschland-Präsenz. Außerdem unterstützen viele Selbstständige und Unternehmerinnen und Unternehmer das Forum mit ihrer persönlichen Mitgliedschaft.

Das Junge Wirtschaftsforum ist das Angebot des Wirtschaftsforums der SPD e. V., an engagierte junge Menschen bis 35 Jahren mit einem Interesse an Wirtschaft und Politik Raum für Gestaltung sowie eine stärkere Stimme im politischen Diskurs geben möchte. Als solche dient das Junge Wirtschaftsforum den Juniormitgliedern als Austauschplattform, setzt unterschiedliche Gesprächs- bzw. Veranstaltungsformate um und erarbeitet eigene Positionen zu wirtschaftspolitischen Themen.

Das Wirtschaftsforum finanziert sich vollständig aus Eigenmitteln und sieht dies als zwingende Voraussetzung für seine Unabhängigkeit von Partei- oder Regierungsprogrammen sowie

Koalitionsvereinbarungen an. Umgekehrt ist jedweder Mittelabfluss zu einer politischen Partei durch die Satzung ausdrücklich verboten.

Konkrete Regelungsvorhaben (46)

1. Einführung einer Regulierungspause für KMU

Beschreibung:

Um neben den bisherigen Einzelmaßnahmen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau bei der Entlastung von Unternehmen weitere Fortschritte zu erwirken, braucht es eine sofortige Regulierungspause / Belastungsmoratorium für KMU. Zugleich müssen die Maßnahmen zum Bürokratieabbau noch engmaschiger auf die tatsächliche Wirkung für die unternehmerische Praxis überprüft werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406170159 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Einführung eines Reallabor-Gesetzes

Beschreibung:

Reallabore und Experimentierräume können wichtige Testräume für Technologien und Innovation sein und den Transfer zwischen Forschung und Innovation einerseits und der (unternehmerischen) Praxis andererseits fördern. Jedoch gibt es trotz anhaltender Diskussion hierfür keine übergreifenden Standards und rechtlichen Möglichkeiten. Im Zuge des geplanten Reallabor-Gesetzes sollten offensive Chancen zur deutschlandweiten Einführung von entbürokratisierten „Sonderwirtschaftszonen“ genutzt werden.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open
Government [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406170160 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Stärkung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und Verbesserung der digitalen Dienstleistungen**Beschreibung:**

- notwendige Anpassungen im OZG, damit zentrale Verfahren und Angebote der öffentlichen Verwaltung endlich vollständig digital zur Verfügung gestellt werden.
- Sicherstellung der Kompatibilität des AI-Act mit sämtlichen nationalen Gesetzen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 304/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZG-Änderungsgesetz - OZGÄndG)

Betroffenes geltendes Recht:

OZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu];
Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und
öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im
Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government
[alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406170161 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

4. Stärkung des KI-Standortes Deutschland

Beschreibung:

Um Deutschland und Europa als Standort für die Anwendung wie auch Entwicklung von KI zu stärken, bedarf es Anpassungen in verschiedenen Bereichen:

- Gründungsdynamik erhöhen und Konditionen für Unternehmensgründungen verbessern
- Finanzierungsbedingungen für KI verbessern
- Spitzenforschung stärken, Attraktivität des Wissenschaftsstandorts erhöhen und Wissenstransfer fördern
- Datensicherheit gewährleisten und Harmonisierung von Datenschutzstandards vorantreiben
- Zugang zu Daten sicherstellen und Datenqualität verbessern
- Potenziale der KI durch innovationsorientierte Regulierung nutzen
- Urheberrechte sichern und praxistaugliche Verifizierungsmechanismen KI-generierter Inhalte einführen
- Mitbestimmung und Weiterbildung stärken

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]; HRG [alle RV hierzu]; UrhG [alle RV hierzu]; BetrVG [alle RV hierzu]; GDNG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Urheberrecht [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406170162 (PDF - 42 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

5. Reform der Unternehmenssteuern und Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für digitale Investitionen

Beschreibung:

- Reform der Unternehmenssteuern in Verbindung mit fiskalischen Instrumenten wie der Aufstockung der Mittel des KTF und Verbesserung der Abschreibungsbedingungen.
- Sicherstellung, dass Steuersenkungen mit weiteren Maßnahmen kombiniert werden, um das notwendige Investitionsniveau zu fördern.

Betroffenes geltendes Recht:

KStG 1977 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu];
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200146 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

6. Stärkung der Kooperation und Vernetzung in der Pflege

Beschreibung:

Die Pflegewirtschaft steht vor einer Vielzahl komplexer und drängender Herausforderungen, die sowohl politisches Handeln als auch gesellschaftliches Umdenken erfordern:

Ein zentraler Ansatz zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist die verstärkte Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren der Pflegewirtschaft. Es ist jedoch klar, dass die Herausforderungen nicht allein durch finanzielle Mittel bewältigt werden können. Vielmehr sind Strukturveränderungen und ein Umdenken in der Organisation und Zusammenarbeit erforderlich.

Dazu sind Anpassungen sowohl in den Bereichen SGB XI, SGB V, SGB IX und dem Pflegeberufegesetz nötig.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; PfIBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Krankenversicherung [\[alle RV hierzu\]](#); Pflege [\[alle RV hierzu\]](#); Pflegeversicherung [\[alle RV hierzu\]](#)

7. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Beschreibung:

- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren durch klare Priorisierungen, politischen Druck und Flexibilisierung der Prozesse sowie gesetzliche Verankerung von Genehmigungsfiktionen
- Vermeidung von Finanzierungsengpässen bei bestehenden und neuen Infrastrukturprojekten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

VwVfG [\[alle RV hierzu\]](#); BBauG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Handwerk [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406200149** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. Modifizierung der Schuldenbremse

Beschreibung:

Implementierung der "Goldenen Regel", die öffentliche Nettoinvestitionen von der Schuldenbremse ausnimmt:

- Änderung: Anpassen des § 1 des Bundeshaushaltsgesetzes, um eine Klausel aufzunehmen, die Investitionen in Infrastruktur, Bildung und nachhaltige Technologien explizit von der Schuldenbremse ausnimmt.
- Erweiterung der finanziellen Spielräume der Kommunen durch Anpassung der

Schuldenregelungen.

- Grundgesetzänderung zur Einführung der "Goldenen Regel" auf Bundes- und Länderebene.
- Anpassung des Artikels 109 Absatz 3 des Grundgesetzes, der die Schuldenbremse regelt, um eine Ausnahme für öffentliche Nettoinvestitionen aufzunehmen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [\[alle RV hierzu\]](#); HG 2024 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406200154** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. **Reformvorschläge für ein zukunftsorientiertes EU-Beihilferecht**

Beschreibung:

- Vereinfachung der Regelungen und Anhebung der Anmeldeschwellen
- Einführung weiterer Freistellungstatbestände
- Verlängerung der Geltungsdauer der AGVO auf mindestens drei Jahre
- Flexibilisierung der De-minimis-Verordnung durch Anhebung der Beihilfesumme auf 500.000 Euro oder Verkürzung des Zeitraums
- Vorbildnahme an der RRF (Recovery and Resilience Facility) zur schnelleren Abwicklung von Förderprogrammen
- Einführung einer speziellen Kategorie im Notifizierungssystem zur bevorzugten Bearbeitung
- Dauerhafte Anpassung und Harmonisierung der beihilferechtlichen Instrumente nach Auslaufen des Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF) Ende 2025
- Verstetigung und Erweiterung der während der Krise implementierten Fördermöglichkeiten

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [\[alle RV hierzu\]](#); WiStruktG [\[alle RV hierzu\]](#); BHO [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502030008 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

10. Maßnahmen für ein sinnvolles Strommarktdesign

Beschreibung:

- Optimale Nutzung der Stromnetzinfrastruktur: Dazu gehört u.a. auf der Übertragungsnetzebene das konsequente Freileitungsmonitoring, um höhere Stromflüsse zu gestatten. Auf der Verteilnetzebene kommt es auf die Digitalisierung der Netze, insbesondere in der Mittel- und Niederspannungsebene, an.
- Zielgerichteter Ausbau des Wasserstoff-Verteilnetzes: Das impliziert vor allem eine notwendig enge Kooperation der Netzbetreiber in der integrierten Netzentwicklungsplanung.
- Schaffung zusätzlicher Speicherkapazitäten für die Gewährleistung der Integration erneuerbarer Energien ins System.
- Passgenaue Reform der Netzentgeltstruktur: Gerade bei der bandförmigen Abnahme ist es geboten, dass eine flexiblere Fahrweise nicht pönalisiert wird.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502030010 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

11. Einführung eines Altschulden-Fonds auf Bundesebene

Beschreibung:

Wir sehen die dringende Notwendigkeit, die Altschuldenfrage im Zuge einer umfassenden Reform anzugehen. Wir fordern daher, dass in einer gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern ein umfassender Altschuldenfonds auf Bundesebene geschaffen wird. Die Verfassung muss geändert werden, um die Rahmenbedingungen für einen Altschuldenfonds

auf Bundesebene zu schaffen, der durch entsprechende Anstrengungen der Länder zu flankieren ist.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502030012 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

12. **Eins-zu eins-Umsetzung der europäischen Verpackungsverordnung**

Beschreibung:

- Vermeidung von Gold-Plating bei Implementierung der europäischen Verpackungsverordnung auf nationaler Ebene
- Bei gesetzlicher Umsetzung ist das bestehende Mehrweg- und Einwegsystem aufrechtzuerhalten zur Vermeidung zusätzlicher Komplexität

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

13. **Keine bürokratische Verschärfung bei Umsetzung EU-Verbraucherkreditrichtlinie**

Beschreibung:

- Bei etablierten Modellen wie Rechnungs- und Ratenkauf sollte es Ziel sein, eine freie Wahl der Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten (gerade bei geringen Volumina)

Interessenbereiche:

E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

14. **Effiziente Umsetzung der EPBD bei Ausbau von PV im Gewerbeimmobiliensektor**

Beschreibung:

- Bundesweit einheitlicher Rahmen bei Ausbau von PV auf Gewerbedächern
- Ausbauvorgaben der EPBD nicht pauschal übernehmen bei nationaler Umsetzung, sondern Fokus auf Ladeleistung statt Ladepunkte setzen

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

15. Stabilisierung der Künstlersozialabgaben**Beschreibung:**

- Aufgrund der Kostenentwicklung und für die Planbarkeit sollte die Künstlersozialabgabe (KSA) auf aktuellem Niveau stabil bleiben
- Es sollte geprüft werden, ob der Kreis der Empfänger und Abgabepflichtigen vergrößert werden

Betroffenes geltendes Recht:

KSAbg2025V [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kultur [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

16. Herstellung von Rechtssicherheit bei Selbständigen in der Kreativwirtschaft**Beschreibung:**

Es bedarf klarerer Kriterien und eine Neuauftellung des Statusfeststellungsverfahrens nach § 7a SGB IV, die die Arbeitsmodelle der Kreativbranchen berücksichtigt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kultur [alle RV hierzu]

17. Stärkung des Verbriefungsmarktes**Beschreibung:**

Für die Mobilisierung großer Summen privaten Kapitals braucht es einen gestärkten Verbriefungsmarkt. Dafür sollte ein Verbriefungsgesetz verabschiedet werden, welches die rechtlichen Unsicherheiten und Regelungslücken beseitigt und Deutschland auf den Stand seiner europäischen Nachbarn bringt.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

18. Ausbau und die Vertiefung der europäischen Spar- und Investitionsunion**Beschreibung:**

Dafür sind die im Zukunftsfinanzierungsgesetz II enthaltenen Maßnahmen aufzugreifen sowie die Erleichterungen aus dem „EU Listing Act“ in deutsches Recht zügig umzusetzen.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

19. Kapitaldeckung zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung

Beschreibung:

Zur Stabilisierung zukünftiger Renten ist eine Kapitalabdeckung in der ersten Säule, in Form eines staatlichen Fonds, notwendig.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

20. Stärkung und Weiterverbreitung der betrieblichen Altersvorsorge

Beschreibung:

- Vereinfachung und Flexibilisierung der betrieblichen Altersvorsorge und des Sozialpartnermodells
- Absenkung der Beitragsgarantien außerhalb des Sozialpartnermodells auf 80%
- Verbesserung und Dynamisierung der Geringverdienerförderung

Betroffenes geltendes Recht:

BetrAVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

21. Erweiterung der Pflegeversicherung durch private und betriebliche Elemente

Beschreibung:

- Stärkung der privaten Pflegevorsorge
- Stärkung der betrieblichen Pflegevorsorge, auch im Rahmen von tarifvertraglichen Vereinbarungen

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

22. Zeitgemäße Reform des Mietrechts

Beschreibung:

Um Herausforderungen wie Urbanisierung, älterwerdende Bevölkerung und nötige Klimaanpassung der Gebäude besser zu adressieren und einen zielgenaueren sozialen Ausgleich zu erreichen, bedarf es einer zeitgemäßen Reform des Mietrechts.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [\[alle RV hierzu\]](#); Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

23. Stärkung der Wohneigentumsbildung

Beschreibung:

-Die Grunderwerbssteuer muss gesenkt oder durch Freibeträge für Selbstnutzer entlastet werden, um die Wohneigentumsquote in Deutschland zu erhöhen.
- Darüber hinaus sollte die Wohneigentumsbildung gestärkt werden durch regelmäßige Anpassung der Einkommensgrenzen und Förderhöhe bei der Wohnungsbauprämie und der Arbeitnehmer-Sparzulage an die Inflation.

Betroffenes geltendes Recht:

GrEStG 1983 [\[alle RV hierzu\]](#); EStG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#); Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

24. Sozial gerechte Umsetzung der EPBD bei Wohngebäuden

Beschreibung:

Erforderlich ist eine praxisnahe und sozial gerechte Umsetzung der EPBD in nationales Recht ohne „Gold Plating“-Anspruch.
Darüber hinaus bedarf es klarer Vorgaben, verlässliche Förderprogramme und attraktive steuerliche Anreize sowie EU-weit harmonisierte Standards (etwa bezüglich der Einstufung von Gebäuden in Effizienzklassen).

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#)

25. Praxistaugliche Anpassungen im Bauvertragsrecht für Einfaches und kostengünstiges Bauen

Beschreibung:

-Rechtssichere Umsetzung des Gebäudetyps E im BGB, zum Beispiel indem das bestehende Bauordnungsrecht mit seinen Standards auch zivilrechtlich bindend ist, wenn zwischen den Vertragsparteien nichts anderes vereinbart wurde.
-Angleichung und Entschlackung der 16 unterschiedlichen Landesbauordnungen. Dies fördert und vereinfacht den Wohnungsbau und ermöglicht serielles Bauen und Sanieren.
-Zeitgemäße Novellierung des BauGB, insbesondere die vereinfachte Nachverdichtung und Aufstockung und das vereinfachte Bauen in angespannten Wohnlagen (§ 246e BauGB) sind wichtige Punkte.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [\[alle RV hierzu\]](#); BBauG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

26. Kreislaufwirtschaft bei Baustoffen stärken**Beschreibung:**

-Ziel sollte sein, mit weniger Materialeinsatz zu bauen und Baustoffe nicht zu Abfall werden zu lassen, sondern aus Abbruchmaterialien wieder Baustoffe herzustellen.
-Dabei kann insbesondere die Entlassung mineralischer Ersatzbaustoffe aus dem Abfallregime einen wichtigen Beitrag zur verbesserten Kreislaufwirtschaft leisten.
-Außerdem sollten die Zulassungsverfahren für Recyclate beschleunigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

27. Schaffung gezielter Anreize für Innenstadt-Investitionen**Beschreibung:**

Für die Innenstadtentwicklung sollten mehr private Mittel akquiriert werden, um Kommunen zu entlasten. Sinnvoll dafür ist eine Sonderabschreibung für Innenstadt-Investitionen, die für Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie Kulturstätten gilt.

Betroffenes geltendes Recht:

GewStG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

28. Verbesserte Durchmischung von Gewerbe und Wohnen durch Anpassung der TA Lärm**Beschreibung:**

Um ein Nebeneinander von Gewerbe bzw. Handel und Wohnen in Kerngebieten zu ermöglichen, sollte die TA Lärm angepasst werden: die Messpunkte sind nach dem Grundsatz „Innenmessung statt Außenmessung“ zu verlagern sowie eine Erhöhung der Lärmwertgrenzen sollte in Betracht gezogen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

29. Reform des Ehegattensplittings

Beschreibung:

Abschaffung der Steuerklassen III und V sowie Einführung des Faktorverfahrens in Steuerklasse IV

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

30. Einführung eines Gutscheinsystems für haushaltsnahe Dienstleistungen

Beschreibung:

Um Familien zu entlasten und Schwarzarbeit zu reduzieren, sollte eine Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen über ein Zulagen- und Gutscheinsystem nach belgischem Vorbild sowie flankierende steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse ermöglicht werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

31. Verbesserte Integration von Geflüchteten und ausländischen Fachkräften in den Arbeitsmarkt

Beschreibung:

- Anerkennung innerbetriebliche Sprachkurse als Teil der offiziellen Integrationskurse
- Einführung eines digitalen One-Stop-Shops für Visa- und Anerkennungsverfahren
- Ausweitung der Westbalkan-Regelung auf weitere Branchen und Länder zur Erleichterung der Erwerbsmigration
- Vereinfachung der Anerkennung internationaler Pflegekräfte durch Kompetenzvermutung

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 3 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

32. Aufhebung des Verbots der Zeitarbeit im Bauhauptgewerbe

Beschreibung:

Das Verbot der Zeitarbeit im Bauhauptgewerbe sollte aufgehoben werden, um dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu sichern.

Betroffenes geltendes Recht:

AÜG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

33. **Umstellung auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit für Arbeitnehmende**

Beschreibung:

Umstellung auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit durch eine Harmonisierung einer nationalen Gesetzgebung und der europäischen Arbeitszeitrichtlinie

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

34. **Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes**

Beschreibung:

Um das Betriebsverfassungsgesetz an die digitale Arbeitswelt anzupassen, braucht es klare Regelungen zur Mitbestimmung bei der Einführung und Nutzung digitaler Technologien, insbesondere Künstlicher Intelligenz und algorithmischer Entscheidungsprozesse am Arbeitsplatz.

Betroffenes geltendes Recht:

BetrVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

35. **Einführung verbindlicher Transparenzvorgaben für Plattform-Unternehmen**

Beschreibung:

Um verbindliche, einheitliche Transparenzvorgaben für alle Plattformen in der EU zu schaffen und eine regulatorische Fragmentierung zu verhindern, sollten die Bestimmungen der EU-Plattformarbeiterrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

36. **Änderung des Pull-Verfahrens bei der eAU zu einem Push-Verfahren**

Beschreibung:

Die aktuellen Regelungen zur elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) verursachen unnötige Bürokratie für Arbeitgeber. Ein einfaches Push-Verfahren, bei dem Krankenkassen die Informationen direkt und digital an die Arbeitgeber übermitteln, würde den Verwaltungsaufwand erheblich reduzieren.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Krankenversicherung [\[alle RV hierzu\]](#);
Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#)

37. **Staatsmodernisierung mit neuem Mindset und gut geführter Verwaltungspraxis**

Beschreibung:

Das gemeinsame Ziel muss sein, einen grundlegenden Wandel der Denk- und Handlungsmuster in Deutschland zu erreichen. Ein lösungs- und erfolgsorientiertes Mindset bedeutet, traditionelle, von Kontrolle, Hierarchie und Risikovermeidung geprägte Einstellungen durch Offenheit für Innovation, Eigenverantwortung, Lernbereitschaft und partnerschaftliche Zusammenarbeit zu ersetzen. Wenn alle Ebenen staatlichen Handelns diese neue Haltung teilen aktiv leben, können Verfahren beschleunigt werden und die digitale Transformation gelingen. Aufgrund der Erfahrungen mit erfolgreichen Großprojekten kann gezeigt werden, dass ein verändertes Mindset – geprägt von Priorisierung, klaren Zuständigkeiten, Flexibilität und Zielorientierung – mitentscheidend für eine erfolgreiche Verfahrensbeschleunigung ist.

Betroffenes geltendes Recht:

[VwVfG \[alle RV hierzu\]](#); [UVPg \[alle RV hierzu\]](#); [BImSchG \[alle RV hierzu\]](#); [BBauG \[alle RV hierzu\]](#); [NABEG \[alle RV hierzu\]](#); [VgV 2016 \[alle RV hierzu\]](#); [GWB \[alle RV hierzu\]](#); [SGB 4 \[alle RV hierzu\]](#); [OZG \[alle RV hierzu\]](#); [NKRG \[alle RV hierzu\]](#); [GG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2507210028 \(PDF - 8 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

38. **Vereinfachung der Fachkräfteeinwanderung**

Beschreibung:

Schnellere, unbürokratische Verfahren mit echten One-Stop-Shop für digitale Anerkennung und verbindliche Fristen

Betroffenes geltendes Recht:

[AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#)

39. **Schnelle und unbürokratische Auftragsvergabe**

Beschreibung:

Es braucht ein Vergaberecht, dass Transformationsprozesse wie etwa die Entwicklung der Circular Economy stützt. Die Umsetzung des Sondervermögens darf nicht am Vergaberecht scheitern.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SVIKG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

40. **Beschleunigung und Reform von Genehmigungs- und Förderprozessen für Zukunftstechnologien**

Beschreibung:

- Genehmigungs- und Förderprozesse müssen reformiert und beschleunigt werden, etwa durch Fast-Track-Verfahren für Schlüsseltechnologien. Dazu zählt auch, die Förderungssystematiken hinsichtlich der zahlreichen Berichtspflichten deutlich zu entschlacken, sodass Forschungs- und Entwicklungsressourcen entlastet werden.
- Ausbau von Wagniskapitalfonds mit Beteiligung öffentlicher und privater Investoren sowie Öffnung institutioneller Investoren wie Versicherungen und Pensionsfonds für Hightech-Investments sowie steuerliche Anreize wie eine erweiterte Forschungszulage, Superabschreibungen und flexible Verlustverrechnungsmöglichkeiten für F&E-intensive Unternehmen.
- Beteiligung von Mitarbeitenden als Hebel zur Anwerbung von Top-Talenten muss steuerlich begünstigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

FZulG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

41. **Kontinuierliche Planungssicherheit bei Entlastungsinstrumenten im Energiebereich**

Beschreibung:

- Zur planungssicheren Entlastung Insbesondere der energieintensiven Industrie müssen Entlastungsinstrumente kontinuierliche Planungssicherheit bieten, während Unternehmen die Dekarbonisierung umsetzen und der Umbau des Energiesystems andauert.
- Nur durch die Kombination aus planbarer Energiepreisgestaltung (einschließlich Entlastungen) und gezielten Investitionsanreizen kann die energieintensive Industrie ihre Rolle als Stabilitätsanker und Innovationsmotor der deutschen Wirtschaft langfristig behaupten.

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

42. **Reform der Besteuerung virtueller Automatenspiele, geregelt im Rennwett- und Lotteriesgesetz §§ 36 ff. RennwLottG**

Beschreibung:

Änderung der Besteuerung von der derzeitigen Einsatzbesteuerung hin zur Gewinnbesteuerung auf den Bruttospielertrag bei online Glücksspielen

Betroffenes geltendes Recht:

RennwLottG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512150065** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

43. **Verabschiedung Vergabebeschleunigungsgesetz**

Beschreibung:

Innovative Vergabeinstrumente, vorkommerzielle Beschaffung und langfristige Abnahmezusagen kommen bislang nur punktuell zum Einsatz. Umso wichtiger ist es, die von angestoßenen Vereinfachungen des Vergaberechts konsequent auf allen Ebenen der Verwaltung in die Praxis zu bringen.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604100004** (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.01.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

44. Einführung grüner Leitmärkte

Beschreibung:

Öffentliche Beschaffung dient in der Transformation als Ankerkunde. Industrielle Transformation braucht verlässliche Nachfrage. Gerade in frühen Phasen neuer Technologien fehlen Absatzmärkte, Skalierungsperspektiven und Investitionssicherheit. In solchen Situationen kann die öffentliche Hand eine zentrale Rolle übernehmen, indem sie als Ankerkunde wirkt und klare Marktsignale setzt. Öffentliche Beschaffung wird politisch als Hebel für Innovation und Transformation anerkannt, entfaltet ihre Wirkung in der Praxis jedoch bislang nur begrenzt. Daher gilt es, die angekündigte Einführung grüner Leitmärkte unbürokratisch und integrativ umzusetzen.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2604100006](#) (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.01.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

45. Industrielle Gesundheitswirtschaft als Leitbranche stärken

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die politische Verankerung der industriellen Gesundheitswirtschaft als strategische Leitwirtschaft. Bezweckt wird die Entwicklung und Umsetzung einer kohärenten industriepolitischen Strategie mit verlässlichen Rahmenbedingungen für Medizintechnik, Pharma und Biotechnologie, beschleunigten Verfahren, verbessertem Marktzugang für Innovationen, forschungsfreundlicher Nutzung von Gesundheitsdaten, Stärkung resilienter Lieferketten und Produktionskapazitäten in Europa sowie der Institutionalisierung eines dauerhaften Pharma- und Medizintechnikdialogs einschließlich Zeit-, Maßnahmen-, Monitoring- und Umsetzungsmechanismen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 256/26](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[AM-NutzenV](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [AMG 1976](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [MPDG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [GDNG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];
Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605110014 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.05.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

46. **Stärkung von Investitionen in den Wohnungsneubau**

Beschreibung:

In einem persönlichen Brief spricht sich das Fachforum Stadtentwicklung, Bau und Immobilien im Wirtschaftsforum der SPD gegen den Vorschlag des SPD-Parteivorstandes vom 18.05.2026 aus, zur Einführung von deutschlandweiten Mietendeckeln eine Länderöffnungsklausel im Mietrecht einzuführen. Um den Wohnungsneubau in Metropolregionen zu stärken, werden stattdessen alternative politische Maßnahmen vorgeschlagen.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607140003 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

140.001 bis 150.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

2.800.001 bis 2.810.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Jahresabschluss_2025_WiFo.pdf